**Südschleswigscher Wählerverband**

SSW

Tale
Kiel, 13.06.2018

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

# Die EU lebt von der Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger

*Jette Waldinger-Thiering zu TOP 17+34+35+39+43 - Europabericht 2017-2018*

„Die EU muss den sozialen Aspekt in Zukunft noch stärker zur Geltung kommen lassen!“

Quasi seit Anbeginn der Europäischen Union wird über ihr Handeln und insbesondere auch über ihre Zukunft, vor allem in den Mitgliedstaaten, gestritten. Und so ist es auch heute. Zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union hat nun ein Mitglied – als Ganzes – seinen Austritt vermeldet. Dies ist sicherlich eine noch nie dagewesene Situation, die große Herausforderungen mit sich bringt. Denn natürlich geht es auch um Geld. Und da sind wir auch dann ganz schnell beim Thema des Mehrjährigen Finanzrahmens nach 2020. Dabei geht es um die Frage, welchen Weg der Integration die Mitgliedstaaten in Zukunft bestreiten wollen? Auch geht es dabei um die Frage, wie kann die Eurozone reformiert und zukunftsfest gemacht werden? Und auch das Thema Asylsystem sowie die Verteilung von Schutzsuchenden, aber eben auch die innere und äußere Sicherheit sind weiterhin aktuelle Fragestellungen die die gesamte EU beschäftigen. Auch wenn die von mir eben genannten Herausforderungen nur einige Beispiele darstellen, so wird schnell klar, dass die aktuellen Herausforderungen eben tatsächlich ziemlich groß sind. Das bedeutet aber auch: Ja, die EU wird gebraucht! Die Mitgliedsstaaten und die EU-Bürgerinnen und –Bürger

erwarten Antworten auf die hier nun gestellten Fragen. Auch wir als SSW erwarten natürlich ebenfalls Antworten. In Bezug auf den Finanzrahmen, ist es glaube ich, nicht per se die Frage, ob nun unbedingt mehr Geld in den Topf fließen muss, sondern es sollte vielmehr eine Frage der Verteilung sein. Mittelknappheit herrscht meines Erachtens nach nicht. Sondern es geht darum, wofür sollen diese Mittel genutzt werden? Und ja: Auch hier kann sich jeder sicherlich sehr vieles vorstellen. Was die EU heute, wie auch in Zukunft braucht, ist die Akzeptanz der EU-Bürgerinnen und Bürger. Es kann daher sicherlich nicht schaden, den sozialen Aspekt in Zukunft noch stärker zur Geltung kommen lassen. Konkret denke ich etwa an das Thema Jugendarbeitslosigkeit, Brain-Drain, Dörfer in denen nur fast nur noch ältere Menschen wohnen, sowie Korruption. Auch wenn Deutschland von diesen Problemstellungen nicht an erster Stelle betroffen sein mag, so gehen uns diese Lebensumstände sehr wohl etwas an. In der Vergangenheit hat man die soziokulturelle Dimension völlig außer Acht gelassen. Dazu zählt auch die Bundesregierung. Die bisherige Vernachlässigung hängt dabei sicherlich mit den hohen Arbeitslosenzahlen unter der jungen Generation, nicht nur in Portugal und Spanien, sondern auch in Frankreich zusammen. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass die EU in Zukunft solche Herausforderungen sehr wohl überwinden kann, wenn sie denn will. Es gilt daher nun die entsprechenden politischen Zielrichtungen zu setzen. Bleibt zu hoffen, dass sich die Vertreter unserer Regierung die politischen Inhalte vor der Debatte um die Strukturen stellen. Auch wenn es zunächst einfacher sein mag, die Strukturen anzuprangern, so brauchen wir, mehr denn je, eine inhaltliche Debatte!

So viel zur Debatte über die Zukunft der EU. Dabei möchte ich natürlich auch noch einige Worte zum Europabericht äußern. Es ist in der Tat erfreulich zu sehen, wie vielfältig doch das Engagement der Landesregierung auf europäischer Ebene ist. Auch wenn es hier und da kleinere Rückschläge zu verzeichnen gibt, wie etwa in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Partnerregion in Frankreich oder was den Studiengang „European Studies“ in Flensburg betrifft, so geht es doch in den meisten Bereichen voran. Dabei zeigen vor allem die Bereiche, in denen es nicht gerade positive Nachrichten zu vermelden gab, dass eine gute internationale Zusammenarbeit eben keine Selbstverständlichkeit ist. Ich denke, dies sieht die Landesregierung genauso. Umso wichtiger ist das Engagement, beständig mit viel Motivation voranzutreiben. Ganz besonders erfreut bin ich dabei über das Engagement von Schleswig-Holstein im skandinavischen Raum.

Alles in allem lässt sich schnell feststellen: Die Bedeutung Europas nimmt für die deutschen Länder ständig zu. Auch wenn Schleswig-Holstein ein kleines Land sein mag, so ist es doch groß genug, um erfolgreiche und anerkannte Europapolitik auf die Beine zu stellen. Sei es in der Ostseekooperation, bei

der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark, im Nordischen Rat oder bei der Mitgestaltung europäischer Politik  in und mit Berlin oder Brüssel. Die kommenden Herausforderungen werden mit Sicherheit kein Zögern zulassen.